

DIE LINKE.

in der Wetterau

DIE LINKE.

wählen: Liste 5

Mit Ihrer Zweitstimme kommt **DIE LINKE.** in den Bundestag. Mit der Erststimme wählen Sie die Direktkandidaten in Ihrem Wahlkreis.



Wetterau 1: Gabi Faulhaber, Sonder- und Heilpädagogin i.R., Kreistagsabgeordnete der Linken.

In Wetterau 2 (Süd-Ost-Kreis) Andreas Müller, 49 Jahre, Gewerkschaftssekretär

Mindestens 10 Euro!

Was heißt das jetzt eigentlich genau, wenn SPD und Grüne einen Mindestlohn von 8,50 Euro fordern? Will nicht auch Frau Merkel einen Mindestlohn? Selbst die FDP spricht davon. Und kommt er nach der Wahl?

Knallhart ausgedrückt, 1500 Euro brutto. Dann muss man sagen: SPD und Grüne wollen Altersarmut. Wer 40 Stunden in der Woche für 8,50 Euro arbeitet, hat am Monatsende ca. man 43 Jahre Vollzeit arbeiten, um auf eine Rente zu kommen, die Hartz4 oder der Sozialhilfe entspricht.

Fortsetzung auf Seite 6

Wie das Jobcenter Menschen schikaniert:

Druck und Angst

Seite 3

Wahlkampfgetöse

Jetzt ist Wahlkampf. Die Kandidaten von CDU/Grünen/SPD/FDP treten öffentlich auf und fordern mehr sozialen Wohnraum und bezahlbare Mieten. Was haben sie in den letzten vier Jahren eigentlich dafür getan?

Immer wenn DIE LINKE im den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln, lehnten Kreistag oder Landtag einen Antrag gestellt hat, um

Lesen Sie Seite 4

Kürzungen bei Noteltern zurücknehmen!

Das Entgelt wurde vom Kreis halbiert. Seite 7

Ich hab noch nie was gegen steigende Mieten unternommen, aber wenn man mich wählt, wird alles plötzlich ganz anders! Versprochen !!



Ich hab noch nie was gegen steigende Mieten unternommen, aber wenn man mich wählt, wird alles plötzlich ganz anders! Versprochen !!



Der Klon-Wahlkampf

Wir brauchen bezahlbare Wohnungen!

Als Folge des linken Antrags zum sozialen Wohnungsbau erstellte der Kreis eine Übersicht: **Wie viele Sozialwohnungen gibt es in der Wetterau? Wird in den Kommunen neu gebaut? Das Ergebnis ist ein Offenbarungseid.**

Einen sozialen Wohnungsbau gibt es in der Wetterau nicht. Im Gegenteil: in Friedberg fielen mehr als 50% der Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung und werden nun teurer vermietet. In Bad Vilbel reduziert sich der Bestand um 50 Sozialwohnungen jährlich. Auch in Butzbach und Bad Nauheim sinkt die Zahl der bezahlbaren Wohnungen drastisch.

In vielen Orten werden städtische Wohnungen verkauft. Und oft haben die Gemeinden keine einzige städtische Wohnung. Vor allem keine, die bezogen werden könnte: Im Juni 2013 gab es nur eine freie Sozialwohnung im ganzen Kreisgebiet - in Hirzenhain. Zwölf Städte und Gemeinden der Wetterau haben Wohnungsbaugesellschaften.

Doch es wird kaum neu gebaut. Ab 2014 entstehen in der Friedberger housing-area Wohnungen - doch nur wenige Sozialwohnungen. Karben will 5 neue Wohnungen bauen - aber keine Sozialwohnungen. Doch Karben und Friedberg haben mehr Wohnungen verkauft als neu entstehen. Sonst geschieht nichts im gesamten Wetteraukreis.

Folge 4:

Druck und Angst

Was ist im Jobcenter los? Einer Mutter und ihren Kindern wurde Hartz4 komplett gestrichen. Weil angeblich keine Mietbescheinigung abgegeben worden ist. Ein Mann nimmt sich einen Beistand mit zum Termin. Weil der Sachbearbeiter genervt ist, wirft er die beiden aus seinem Büro.

Anja EIFechtali wurde die Miete erhöht. Das Jobcenter verlangt eine Mietbescheinigung. Also liefert sie eine solche Bescheinigung an der Pforte ab. Sie sieht, dass ein Eingangsstempel drauf gedrückt wird. Doch dann kommt eine Mahnung: die Mietbescheinigung sei nicht abgegeben worden. Sie bringt wieder eine hin und hofft, dass die Sache nun erledigt ist.

Alles gestrichen

Einige Zeit später schreibt das Jobcenter, die angeforderte Mietbescheinigung sei nicht eingegangen. Sie sei ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachgekommen, deshalb würden alle Leistungen komplett gestrichen: Lebenshaltung, Miete, Krankenkas-

se. Auch für die beiden Kinder.

Anja EIFechtali ist im Vorstand der Linken Hartz4-Hilfe. Sie wehrt sich und wendet sich an die Presse.

Umgehend legt sie Widerspruch ein. Selbst wenn sie die Bescheinigungen nicht abgegeben hätte, wäre die Streichung sämtlicher Leistungen völlig unverhältnismäßig. Und dass die Kinder auf Null gesetzt werden, geht gar nicht! Daraufhin nimmt das Jobcenter die Streichungen zurück.

Keine Erklärungen

Ein Mann soll eine Eingliederungsvereinbarung unterschreiben. Zu seiner Unterstützung und als Zeugen hat er sich einen Beistand mitgebracht. Schon das stört den Sachbearbeiter.

Eine Eingliederungsvereinbarung ist ein Vertrag, den er strikt einhalten muss, sonst wird er sanktioniert. Eigentlich sollen alle Beteiligten (Sachbearbeiter und „Kunde“) ihre Vorstellungen einbringen. Doch meistens diktiert das Jobcenter einseitig, was der „Kunde“ machen soll. In unserem Fall steht in der Eingliederungsvereinbarung, der Mann muss an einer Maßnahme teilnehmen. Er will über den Träger und den Inhalt informiert werden. Seine Fragen werden nicht beantwortet. Da er schon einige ziemlich sinnlose Maßnahmen absolviert hat, will er wissen, unter welchen Umständen man abrechnen könnte und das soll auch in den Vertrag aufgenommen werden. Das reizt den Sachbearbeiter so, dass er ihn zur Raison bringen will: Er habe von nun an jede Woche fünf Bewerbungen nachzuweisen. Jetzt schaltet sich der Beistand ein: Üblich seien fünf Bewerbungen im Monat. Das will der Sachbearbeiter nicht hören und wirft die beiden aus seinem Büro.

Fortsetzung von Seite 1

Wahlkampf- getöse

die anderen Parteien alles ab. Wie schizophren ist das! Oder sollten wir sagen: verlogen?

Die politisch Verantwortlichen stecken den Kopf in den Sand

Der Wetteraukreis ist zu 5% Anteilseigner der Nassauischen Heimstätte. *DIE LINKE*. im Kreistag beantragte, dass sich der Wetteraukreis dort für den Neubau von Sozialwohnungen einsetzt. Das wurde von der Mehrheit des Kreistags abgelehnt.

Wetterauer Immobilienmarkt boomt

Der Umsatz bei Immobilien hat sich von 2011 bis 2012 um satte 22 Prozent erhöht!

Das Amt für Bodenmanagement Büdingen hat einen Gutachterbericht für den Wetteraukreis erstellt. Darin wird festgestellt, dass Immobilien im Gesamtwert von 1,3 Milliarden Euro umgesetzt wurden. Wie zu er-

Jetzt stellte *DIE LINKE*. einen neuen Antrag, weil kürzlich bekannt wurde: Die Nassauische Heimstätte will 3500 neue Wohnungen im Rhein-Main-Gebiet bauen. Dafür soll eine Milliarde Euro investiert werden.

Einsatz gefordert!

Die Kreisspitze soll sich nun dafür einsetzen, dass auch die Wetterau für diese Neubauten in Betracht gezogen wird. Besonders im Westkreis besteht starke Nachfrage nach Wohnraum.

Ob die Wahlkämpfer von CDU/Grünen/SPD/FPD diesmal zustimmen? Wir nehmen Wetten an.

Wohnung gesucht...

Ein Jahr lang suchte eine junge Frau mit einem vierjährigen Kind eine Wohnung in Friedberg. Die junge Frau macht eine Ausbildung. Sie wird vom Jobcenter unterstützt. Das heißt, sie darf nicht mehr als 350 Euro Miete für die Wohnung ausgeben. Die Wohnungssuche war vergeblich. Es gab in diesem Jahr zwar einige wenige Angebote für diesen Preis aber die Vermieter wollten kein Kind. Eine städtische Wohnung war nicht frei oder die Miete lag über 350 Euro.

Die Frau musste schließlich in den Ostkreis ziehen und nimmt nun einen sehr langen Weg zur Schule auf sich. Auf diese Weise werden viele Menschen verdrängt. In den Dörfern sind die Mieten billiger. Doch der Weg zur Arbeit ist weit, die Verbindungen mit dem öffentlichen Nahverkehr sind nicht gut und teuer. Es gibt kaum Arbeitsmöglichkeiten in Wohnortnähe.

Eine wichtige Aufgabe der Stadt!

„Friedberg soll als Wohnort für alle Menschen geeignet sein. Deshalb muss die Stadt mehr für den Bau von bezahlbaren Wohnungen und Sozialwohnungen tun“, sagt der linke Stadtverordnete Sven Weiberg.

In Friedberg werden Kaltmieten von 10 Euro und mehr verlangt. Das Angebot an Sozialwohnungen reicht nicht aus. Dass die Friedberger Wohnungsbaugesellschaft vor kurzem ein Drittel ihres Bestandes verkauft hat, verschärft die Situation zusätzlich. Diese Wohnungen sind jetzt in den Händen eines privaten

Investors, der damit Profit machen möchte und die Mieten erhöht. Die Stadt kann sich nicht aus der Verantwortung stellen. Für den Bau von Sozialwohnungen wurde das letzte Mal 2004 nennenswert investiert. Es gibt ein Baugebiet: die housing-area. Bis jetzt sind 17 Wohnungen von der Wohnungsbaugesellschaft „Eigener Herd ist Goldes Wert“ geplant. Weitere Wohnungen sollen neu entstehen. Doch nur wenige Sozialwohnungen.



■ Wohnungsnot ■

- Bis 2017 werden in der Wetterau 2780 Wohnungen fehlen. Das stellte eine Untersuchung des Prestel-Instituts 2012 fest.
- Im Juli 2013 zeigte eine Studie des VDK auf:
- Die Zahl der alten und pflegebedürftigen Menschen wird bis 2035 um 49% ansteigen. So werden in den kommenden Jahren 9540 altengerechte Wohnungen fehlen. Höchste Zeit zum Handeln!

In der Schutzgemeinschaft bleiben!

Der Wetteraukreis kündigte seine Mitgliedschaft in der „Schutzgemeinschaft Vogelsberg“ um Geld zu sparen. Doch 130 Euro Mitgliedsbeitrag jährlich tragen nicht zur Sanierung der Kreisfinanzen bei. Viel wichtiger ist eine Vernetzung, um gemeinsam die Grundwasserreserven zu schützen.

Die Schutzgemeinschaft Vogelsberg setzt sich für den schonenden Umgang mit Grundwasser aus dem Vogelsberg ein. Nidda und die Gemeinden am Rand des Vogelsberges wissen, dass die unbegrenzte Ent-

nahme von Grundwasser zu großen Schäden führt. Landrat Arnold findet, die Schutzgemeinschaft Vogelsberg leiste nichts für den Wetteraukreis. SPD und Grüne im Kreistag sind gegen die Mitgliedschaft in

der Schutzgemeinschaft. Dabei wäre es nötig, dass der Wetteraukreis Projekte anschiebt: Zum Beispiel gegen die Privatisierung des Wassers, wie das die EU gerade plant. Gemeinsam kann man sich wehren!

Fortsetzung von Seite 1

Mindestens 10 Euro!

Eine Mindestlohnforderung unter 10 Euro ist also völlig unzureichend.

DIE LINKE fordert 10 Euro Mindestlohn, flächendeckend und gesetzlich festgeschrieben - mit Anpassung nach oben, wenn das nötig wird.

Nur ein „guter Lohn“ führt auch zu einer „guten Rente“.

Das ist die einfache Wahrheit, die auch für „Sozialpartner“ und Opportunisten einleuchtend sein müsste.

Durch die Agenda 2010

haben SPD und Grüne die Gesetze geändert, so dass sich prekäre Beschäftigung und der Niedriglohnsektor ausbreiten konnten. Doch Niedriglöhner zahlen auch wenig in die Sozial- und Rentenkassen ein. Es muss eine entsprechende Lohnsumme vorhanden sein, um die laufenden Renten und Sozialleistungen zu bezahlen und die Kassen aufzufüllen. Dafür muss ein Mindestlohn gesetzlich verankert werden.

Was wollen CDU/FDP?

Die CDU will eine Lohn-

untergrenze, die nicht gesetzlich geregelt ist. Die Untergrenze will Merkel noch nicht mal für ganz Deutschland, sondern regional und in den Branchen unterschiedlich. Doch eigentlich will die CDU weder Mindestlohn noch Lohnuntergrenzen: sonst hätte sie es ja schon einführen können. Die FDP ist auf den Mindestlohn-Zug aufgesprungen: Immerhin sind 90 Prozent der Bevölkerung für einen Mindestlohn. Eine Höhe nennt die FDP nicht. Wir finden: Wer sich Löhne von 4 Euro vorstellen kann, sollte auch bei Wahlen 4% der Stimmen bekommen.

Ehre und Tradition?

Im Forum des Bad Nauheimer Eishockeyvereins „Rote Teufel“ wurde kürzlich eine Diskussion gelöscht. Sie war eskaliert. „Ehre und Tradition“ wurden dort beschworen. Unkritisch und ohne Bezug zur Vereinsgeschichte. Ein Teilnehmer an der Debatte erinnerte daran, dass 1947/48 der KZ-Arzt und Massenmörder Aribert Heim in Bad Nauheim spielte. „Ehre und Tradition“ habe immer noch diesen rechten Beigeschmack, erst recht in der Kombination beider Begriffe. Wegen seiner Diskussionsbeiträge wurde er erst übel beleidigt und dann im Forum gesperrt. Nicht gesperrt wurde, wer dies absonderte: „Das ist alles 70 Jahre her und man wird ja wohl wieder schreiben dürfen was man will, ohne dreimal nachdenken zu müssen.“ Daraus folgt: „1943 durfte man schreiben, was man dachte...“

Fortsetzung von Seite 1

Kürzungen bei Noteltern zurücknehmen!

Noteltern nehmen Kinder auf, die vom Jugendamt in Obhut genommen werden. Dies ist notwendig, wenn ein Kind verwaist oder bedroht ist. Mit viel Engagement betreuen die Noteltern diese traumatisierten Kinder. Doch ihre Arbeit wird nicht honoriert: Der Wetteraukreis kürzte die Hälfte des Entgelts.

Die Kinder kommen mit körperlichen und seelischen Verletzungen zu den Noteltern. Sie benötigen längere Zeit intensivste Zuwendung und Betreuung. Vorgeesehen ist ein Aufenthalt von drei Monaten. Doch bis eine dauerhafte Lösung für ein Kind gefunden ist, vergeht oft mehr als ein Jahr. Feste Arbeitszeiten gibt es nicht. Noteltern haben 24 Stunden Bereitschaft. Ihr Einsatz erfordert hohes soziales Engagement und großes pädagogisches Geschick. Zudem kümmern sie sich um Fördermaßnahmen und medizinische Behandlungen, nehmen an Hilfeplangesprächen und Fortbildungen teil. Ein Auto wird vorausgesetzt. Für diese Arbeit haben Noteltern bisher 70 Euro am Tag bekommen. Also 2100 Euro.

2013 kürzte der Wetteraukreis das Entgelt. Nur noch in den ersten vier Wochen gibt es 70 Euro. In den nächsten vier Wochen 50 Euro und danach nur noch 35 Euro.

Würden Sie eine so verantwortungsvolle, schwere Arbeit für 1050 Euro (30 mal 35 Euro) machen wollen?

Noch dazu, wenn davon noch Unkosten abgehen?

Es ist zu erwarten, dass Noteltern zukünftig nicht mehr bereitstehen.

DIE LINKE beantragte im Kreistag, dass die Kürzungen zurück genommen werden. Hier sind Einsparungen unverantwortlich!

Landtagswahlen am 22. September 2013

Das sind die LINKEN Kandidaten:



Rudi Kreich

Wahlkreis 25, Wetterau Süd, 62 Jahre, Niddatal-Assenheim, Techniker, Kreistagsbigeordneter der Linken



Karl-Heinz Haas

Wahlkreis 26, Wetterau Ost, 66 Jahre, Nidda, Diplom Verwaltungswirt Stadtverordneter der Linken in Nidda



Ricardo Herbst

Wahlkreis 27, Wetterau Nordwest, 48 Jahre, Friedberg, mittelständischer Unternehmer

So erreichen Sie **DIE LINKE.**

- Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi Faulhaber, Karben, Tel.: 06039 7912, www.die-linke-wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de
- Ich möchte weitere Informationen über **DIE LINKE.**
- Mich interessiert besonders das Thema:

- Ich möchte Mitglied der Partei **DIE LINKE.** werden.
- Name: _____
- Geburtsdatum: _____
- Beruf: _____
- Anschrift: _____
- Telefon: _____
- e-mail: _____



Im Roten Laden, Friedberg, Usagasse 23 (Foto) findet jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr die Sprechstunde der Fraktion statt. Kommen Sie doch mal vorbei!